



Wahlaufruf

an die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen

Die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen ist gescheitert. Zur Zeit der höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte Nordrhein-Westfalens wollte sie die Neuverschuldung um vier Milliarden Euro erhöhen. Dafür hat sie keine Mehrheit im Parlament gefunden. Deshalb hat sich der Landtag auf Antrag von CDU, SPD und Grünen am 14. März selbst aufgelöst.

Am 13. Mai sind Sie, die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen, zur Wahl eines neuen Landtags aufgerufen. Rot-Grün wirbt um Ihre Stimme für eine Fortsetzung der gescheiterten Politik. Wir Christdemokraten werben um Ihre Stimme, weil wir diese Schuldenpolitik beenden und durch eine Politik der Nachhaltigkeit ersetzen wollen. Sie haben die Wahl – und nur selten in der Vergangenheit ist die Alternative klarer gewesen.

Seit Anfang der siebziger Jahre, seit mehr als 40 Jahren also, haben die Regierungen Nordrhein-Westfalens jedes Jahr neue Schulden aufgenommen. Nur in den Jahren nach 2005 wurde unter der CDU-geführten Landesregierung erfolgreich konsolidiert. Das führte dazu, dass 2008 unmittelbar vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erstmals weniger Geld ausgegeben als eingenommen wurde. Der Schuldenberg ist bis heute auf mehr als 130 Milliarden Euro angewachsen. Weil diese Politik nicht länger zu verantworten ist, verbietet das Grundgesetz den Ländern ab 2020 grundsätzlich die Aufnahme neuer Schulden. Diese Schuldenbremse ist nur einzuhalten, wenn bereits heute mit entschiedenen Konsolidierungsmaßnahmen begonnen wird.

Rot-Grün verweigert sich dieser verantwortlichen Politik. „Offen und selbstbewusst“ hat sich die Ministerpräsidentin zu „höheren Ausgaben“ und „zusätzlichen Schulden“ bekannt. „Wir haben den Mut zu einer neuen Finanzpolitik.“ Mit diesen Worten will sie sich von der ihres Erachtens falschen Konsolidierungspolitik des Bundes und anderer Bundesländer absetzen, obwohl gerade diese die „neue“ Finanzpolitik und die richtige Antwort auf die Schuldenkrise ist.

All das ist als programmatische Grundposition der gescheiterten rot-grünen Landesregierung nachlesbar in der Regierungserklärung vom 15. September 2010 und wurde seitdem mehrfach bekräftigt.

Bis heute ist diese Grundposition nicht revidiert worden. Wenn Rot-Grün heute bei Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen, für eine Fortsetzung der 2010 begonnenen Politik wirbt, dann ist das Werbung für die Bereitschaft zum Verfassungsbruch. Über diese Ungeheuerlichkeit sollten Sie, die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen, nicht im Unklaren bleiben.

Jeder Euro, der dem Staat anvertraut wird, kann auch in Nordrhein-Westfalen nur einmal ausgegeben werden. Nicht alles Wünschbare ist machbar, und nicht alles Machbare geht sofort. Die CDU bleibt ehrlich. Wir versprechen nichts, was absehbar nicht zu halten ist. Wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen, werden wir alle Ausgaben des Landes auf den Prüfstand stellen. Wir werden einen ehrlichen und transparenten Konsolidierungspfad beschreiten, der 2020 dazu führt, dass keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Das ist kein einfacher Weg. Aber es ist ein Weg, der sich lohnt. Er führt zu einem stärkeren, wohlhabenderen und solidarischeren Nordrhein-Westfalen. Der rot-grüne Schuldenweg dagegen schwächt am Ende unser Land, raubt ihm den Wohlstand und macht es unsozial, wie jeder am griechischen Drama erkennen kann.

Wir müssen in den nächsten Jahren den demografischen Wandel meistern. Wir müssen den Energieumstieg meistern, unseren Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels leisten und die digitale Umwälzung unserer Arbeits- und Lebenswelt menschlich gestalten. Wir müssen uns als Industrie- und Innovationsstandort im weltweiten Wettbewerb behaupten. Das sind große Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Epochal werden sie aber erst dadurch, dass sie nachhaltig nur ohne neue Staatsschulden bewältigt werden können. Das ist die Lehre, die jeder anschaulich aus der aktuellen europäischen Schuldenkrise ziehen kann und muss.

Rot-Grün traut sich eine Politik ohne neue Staatsschulden nicht zu. Mit dem Gedanken, dass Politiker Probleme lösen müssen ohne die Möglichkeit, sich dafür bei den Banken frisches Geld zu leihen, kann Rot-Grün nichts anfangen. Dazu fehlen der Wille, das Können und der Sachverstand. Deshalb hält Rot-Grün sich den Bruch des Grundgesetzes bewusst offen. Deshalb will Rot-Grün von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens, den Auftrag, gegebenenfalls auch weiterhin neue Schulden zu machen.

Wir Christdemokraten mit unserem Spitzenkandidaten Norbert Röttgen trauen uns Politik ohne neue Staatsschulden zu. Wir sind überzeugt davon, dass nur eine solche neue Politik unser Land in eine gute Zukunft führt. Wenn unsere Kinder erwachsen sind, sollen sie sagen können, dass wir es gut und verantwortungsvoll gemacht haben. Wir freuen uns darauf, diese Zukunft mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen, zu gestalten.

Damit unser Land vorankommt, brauchen wir eine gute Regierung. Wir brauchen aber auch engagiertes Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger für eine lebendige Gesellschaft. Viele von Ihnen tragen schon jetzt mit Ihrem Engagement in den Kirchen, den vielen Sportvereinen, sozialen Einrichtungen und Jugendvereinen die für unsere Gesellschaft so wichtige Säule des Ehrenamtes. Wir wollen Sie aus der Landesregierung heraus dabei unterstützen, denn Nordrhein-Westfalen braucht Sie und Ihr bürgerschaftliches Engagement für die Heimat und das Gemeinwohl.

Dass die CDU zu den richtigen Weichenstellungen in der Lage ist, hat sie in Zeiten des tiefgreifenden Wandels, in denen über künftiges Wohl oder Wehe entschieden wird, oft genug bewiesen.

Wir als CDU Nordrhein-Westfalen mit unserem Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Norbert Röttgen, wollen das auch jetzt beweisen. Dafür bitten wir Sie, die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen, um Ihr Vertrauen und am 13. Mai um Ihre Stimme.

In diesem Wahlauf Ruf wollen wir Ihnen kurz und bündig sagen, was wir auf wesentlichen Politikfeldern für richtig und erforderlich halten, damit Nordrhein-Westfalen stark bleibt im Wandel.

Wir wollen den Haushalt konsolidieren – für die Zukunft unserer Kinder

Unser Ziel ist die Einhaltung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse. Das heißt: Verzicht auf jede Neuverschuldung spätestens ab dem Jahr 2020. Dafür wollen wir die Neuverschuldung des Jahres 2012 in acht Jahresschritten auf Null zurück führen.

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat nichts getan, um das strukturelle Defizit abzubauen und einen nachhaltigen Haushaltsausgleich zu erzielen. Im Gegenteil: Mit der Aufnahme rot-grüner Wahlgeschenke in den Haushalt 2011 und durch die Rücknahme von Konsolidierungsschritten aus der Zeit der CDU-geführten Landesregierung hat sie das strukturelle Defizit um eine weitere Milliarde Euro erhöht. Die Minderheitsregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und Grünen haben keinen einzigen strukturellen Konsolidierungsvorschlag unterbreitet.

Das notwendige Volumen der strukturellen Veränderungen lässt sich nur erfassen, wenn der Haushalt den Grundsätzen von Wahrheit, Klarheit und Vollständigkeit entspricht.

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2012, der am 14. März keine Mehrheit im Landtag mehr gefunden hat, sah eine Neuverschuldung von vier Milliarden Euro vor. Dieser Ansatz war unehrlich, weil er die Ausgaben zu niedrig und die Einnahmen zu hoch schätzte. Rot-Grün wollte den Schein der Verfassungsgemäßheit wahren.

Hätte Rot-Grün in der Haushaltspolitik nach dem Prinzip des „ehrbaren Kaufmanns“ gehandelt, dann hätte der Entwurf für 2012 eine Neuverschuldung von mehr als sechs Milliarden Euro ausweisen müssen und damit die Kreditverfassungsgrenze zum dritten Mal in Folge deutlich überschritten.

Von dieser Basis ausgehend müssen künftig Jahr für Jahr ca. 800 Millionen Euro strukturell eingespart werden, um die Schuldenbremse 2020 einzuhalten. Dazu ist Rot-Grün weder bereit noch in der Lage.

Wir Christdemokraten wollen dieses Ziel erreichen und sind dazu in der Lage. Wir werden folgende Maßnahmen ergreifen:

- Wir werden auf neue Förderprogramme und auf die Übernahme neuer Aufgaben verzichten, wenn nicht eine Gegenfinanzierung dargestellt werden kann.

- Wir werden durch den gezielten Abbau von Subventionen, pauschale Kürzungen und Effizienzsteigerungen Einsparungen bei den umfangreichen Förderprogrammen des Landes erreichen. Die dafür nötigen gesetzlichen Voraussetzungen werden wir im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes umgehend schaffen.
- Wir werden Stellen in der Landesverwaltung abbauen durch die Ausnutzung der demografischen Entwicklung und die Realisierung bereits identifizierter und ausgebrachter kw-Vermerke. Beispiele aus anderen Bundesländern und die Erfolge der CDU-geführten Landesregierung zeigen in eindrucksvoller Weise, dass dies möglich ist. Unabdingbar dafür ist die Fortführung eines ressortübergreifenden Personaleinsatzmanagements, das Rot-Grün Mitte 2012 aufgeben wollte.
- Wir werden bei Sachausgaben sparen, und bei Investitionen die Effizienz steigern.
- Bei Umsetzung dieser Ansätze ergeben sich aus den dann sinkenden Zinsausgaben weitere Einspareffekte.

Wir werden das Steuerabkommen mit der Schweiz ratifizieren. Nordrhein-Westfalen würden daraus sofort 2 Milliarden Euro und bis 2020 noch einmal 1 Milliarde Euro zufließen. Diese Zuflüsse wollen wir vollständig zum Abbau der jährlichen Neuverschuldung nutzen.

Wir wollen die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufnehmen

Nach der Wahl am 13. Mai werden wir im Parlament erneut um eine Mehrheit für die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung werben. Wenn die für eine Verfassungsänderung nötige Zweidrittel-Mehrheit erneut nicht zustande kommt, werden wir ein Volksbegehren zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung auf den Weg bringen.

Wir wollen starke und handlungsfähige Kommunen

Neben der Sanierung des Landeshaushaltes ist für uns die Entschuldung der nordrhein-westfälischen Kommunen ein vordringliches Anliegen.

Wir halten den von SPD, Grünen und FDP verabschiedeten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für den falschen Weg, weil er die kommunale Familie spaltet und Selbstverwaltung durch Fremdbestimmung ersetzt. Mit der Zins- und Entschuldungshilfe (KomPAsS II) hat die CDU-Landtagsfraktion im Herbst 2011 ein anerkanntes und wirksames Sofortprogramm vorgelegt, das nicht nur einer kleinen Zahl, sondern allen notleidenden Kommunen auf der Grundlage transparenter Kriterien hilft. Daran wollen wir anknüpfen.

Die stetig steigenden Sozillasten sind Hauptgrund für die Belastung kommunaler Haushalte. Nur eine Entlastung in diesem Bereich schafft die Grundlage für eine gute Perspektive. Daher war die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund ein erster, wichtiger Schritt.

Wir werden uns dafür einsetzen, durch zusätzliche strukturelle Verbesserungen eine deutliche Absenkung der Kreis- und Landschaftsumlage zu erreichen.

Ein wirksames Sofortprogramm und die strukturellen Verbesserungen werden es gemeinsam ermöglichen, die notwendigen Änderungen für ein gerechtes Gemeindefinanzierungsgesetz vorzunehmen.

Nur wenn das Land zu seiner kommunalen Verantwortung steht und der Bund sich zur Hälfte an den kommunalen Sozillasten beteiligt, werden Städte, Gemeinden und Kreise wieder in die Lage versetzt werden, ausgeglichene Haushalte ohne neue Kredite vorzulegen.

Wir wollen die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten erweitern und stärken

Öffentliche Auseinandersetzungen insbesondere um große Infrastrukturmaßnahmen, wie um den Bau von Autobahntrassen, Eisenbahnanlagen, Industrieanlagen, Kraftwerken oder auch Überlandleitungen, zeigen deutlich, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen wie in Deutschland die von der klassischen repräsentativen Demokratie gebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten nicht mehr ausreichen.

Die CDU tritt ein für eine moderne Bürgerbeteiligung: Mehr Transparenz, mehr Kommunikation, aber auch mehr Mitsprache für den mündigen Bürger. Wir betrachten das Einmischen der Bürger in die Politik nicht als Störfall, sondern als demokratische Normalität.

Wir wollen zügig eine parlamentarische Initiative mit folgenden Zielen ergreifen:

- Wir wollen die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken und die Verfahren erleichtern.
- Wir wollen wirksame parallele Beteiligungsverfahren für infrastrukturelle Großvorhaben.

Moderne Bürgerbeteiligung erfordert moderne Kommunikationsformen und somit die Zulassung und Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten, die sich heute in Form von Internetplattformen,

Dialogforen und Netzwerken, insgesamt also durch E-Partizipation bieten. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen als Energieland Nr. 1 auch beim Energieumstieg den Spitzenplatz erreicht

Rot-Grün hat für den Energieumstieg landespolitisch nichts getan. Es wurden keine substantziellen landesplanerischen Voraussetzungen für den erforderlichen Ausbau der alternativen Energien geschaffen. Ebenso fehlt jeder Impuls zur planerischen Umsetzung des Netzausbaus. Der rot-grüne Windenergieerlass bietet weder für Kommunen, noch für Anlagenbetreiber, noch für Bürger eine hinreichend sichere Orientierung. Ein nennenswerter Ausbau hat deshalb unter Rot-Grün nicht stattgefunden. Das Klimaschutzgesetz wurde zwischen Rot und Grün so lange zerredet, dass es jetzt schon wirkungslos der Diskontinuität verfallen ist. Noch nie hat eine Regierung unter Beteiligung der Grünen eine so erbärmliche Bilanz auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien abgeliefert.

Die CDU will zügig alles nachholen, was Rot-Grün zulasten des Landes versäumt hat.

- Wir wollen die landesplanerischen Voraussetzungen für den Netzausbau, die neuen Speichertechnologien und den Ausbau der erneuerbaren Energien schaffen.
- Wir werden die rot-grünen Pläne für ein landesspezifisches Klimaschutzgesetz nicht wieder aufgreifen.
- Wir bekennen uns zur Braunkohle als einzigem heimischem fossilen Energieträger, der wirtschaftlich eingesetzt werden kann. Wir bekennen uns ebenso klar zum Kraftwerkserneuerungsprogramm: Vorhandene Kraftwerke sind zu modernisieren bzw. durch hocheffiziente fossile Kraftwerke zu ersetzen. Wir dringen auf die schnelle und verbindliche Abschaltung technisch rückständiger Blöcke. Stattdessen werden wir darauf drängen, das modernste Kohlekraftwerk Datteln IV nicht eine Milliarden-Investitionsruine werden zu lassen. Die Entscheidung über eine sichere und emissionsarme Energieversorgung werden wir nicht wie Rot-Grün den Gerichten überlassen.
- Rot-Grün hat für den Schutz der Verbraucher vor ungerechtfertigten Energiepreiserhöhungen nichts getan. Wir werden diesen Verbraucherschutz wieder ernst nehmen und Marktmissbrauch oder Falschinformationen zulasten der Verbraucher verhindern.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen als industrielles Kernland in Deutschland und Europa eine gute wirtschaftliche Zukunft hat

Zusammen mit den benachbarten Benelux-Ländern bildet Nordrhein-Westfalen das industrielle Herz Europas. Unter den größten Volkswirtschaften der Welt nimmt unser Land einen vorderen Rang ein. Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und soll es auch in Zukunft bleiben. Dazu bekennen wir uns. Deshalb sagen wir Ja zu Stahl und Maschinenbau, zu Automotiven und Logistik, zu neuen Werkstoffen und Nanotechnologie, zu Umwelttechnik, Chemie, Biotechnologie und Energie, aber auch zu Kultur- und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Land- und Ernährungswirtschaft, zur Touristik und zur Medien- und Filmwirtschaft.

Als Industrieland müssen wir auf Innovationen setzen und unsere Wirtschaftskraft weiter steigern.

- Wir wollen dafür die bis 2010 konsequent umgesetzte Cluster-Strategie des Landes fortentwickeln.
- Stärken im Bereich der Zukunftstechnologien gilt es in der kommenden EU-Förderperiode (2014 bis 2020) weiter zu stärken.
- Die Wettbewerbsverfahren zur Umsetzung der aktuellen EU-Förderperiode müssen schnellstmöglich wieder aufgenommen werden. Es war ein schweres innovationspolitisches Versagen von Rot-Grün, die Wettbewerbsverfahren auszusetzen.
- Wir setzen uns für eine stärkere steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen ein. Dies ist für die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens als Region im Herzen Europas von besonderer Bedeutung.
- Nordrhein-Westfalen ist reich an verantwortungsbewussten Mittelständlern und Familienunternehmen. Diesen in den Regionen des Landes tief verwurzelten Handwerkern und Unternehmen gilt unsere besondere wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit. Gemeinsam mit den Kammern und Verbänden wollen wir ihnen helfen, noch erfolgreicher im zunehmend internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Wir wollen Mobilität für freie Lebensgestaltung und wirtschaftliches Wachstum ermöglichen

Wir wollen eine moderne und zukunftsfähige Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und daher brauchen wir keine Lücken im System, sondern vollständige Verkehrsachsen als notwendige Voraussetzung für eine intakte Arbeits- und Freizeitwelt.

Unser Land bleibt nur dann Industrieland Nr. 1, wenn Güter jeden Tag zügig transportiert werden. Dafür brauchen wir gute Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Luftverkehrswege. Alle Verkehrsträger müssen ineinander greifen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Rot-Grün hat einen beispiellosen Planungsstopp für Straßenvorhaben vorgelegt. Wir wollen bei allen Verkehrsträgern die Planungen vorantreiben. Nicht jede neue Wunschmaßnahme ist in einer Legislaturperiode zu finanzieren. Aber ohne fertiges Baurecht werden wir bei Bundesfernstraßenprojekten deutlich benachteiligt und dauerhaft von der Entwicklung in Deutschland abgeschnitten werden.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen sichere Straßen und keine unnötige Bevormundung. Deshalb sprechen wir uns gegen ein generelles Tempolimit von 120 km/h aus.

Wir halten an allen Maßnahmen des Bahngipfels der CDU-geführten Landesregierung mit dem Bund von 2010 fest. Wir brauchen den RRX und den weiteren Ausbau des Bahnverkehrs in allen Landesteilen. Nur wenn wir ein attraktives Angebot im öffentlichen Personennahverkehr anbieten, werden dauerhaft Menschen von der Straße auf die Schiene umsteigen.

Wir halten am Erfordernis des Hafenausbaus fest, denn als Logistikstandort benötigen wir neue Hafenentwicklungsflächen, zum Beispiel an der Rheinschiene.

Wir wollen, dass von Nordrhein-Westfalen wieder sozialpolitische Impulse für ganz Deutschland ausgehen

Deutschland braucht eine allgemeine Lohnuntergrenze. Dafür werden wir uns in Berlin einsetzen. Wir wollen Dumpinglöhne von wenigen Euro pro Stunde verhindern. In vielen Branchen fehlen Tarifverträge, die eine anständige Bezahlung sicherstellen. Die Höhe der Lohnuntergrenze soll von den Tarifpartnern in einer Kommission ausgehandelt werden.

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Grundlage unserer Gesellschaftsordnung ist die Teilhabe an Erwerbsarbeit. Sie sichert das finanzielle Auskommen und eröffnet Lebensperspektiven. Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich unter der Regierung von Angela Merkel positiv entwickelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt ebenso auf Rekord-Niveau wie die der Erwerbstätigen. Aber immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Fast ein Viertel der Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor. 1,4 Millionen verdienen weniger als fünf Euro pro Stunde. Unwürdige Dumpinglöhne entstehen vor allem in Branchen mit fehlender oder geringer Tarifbindung. Die CDU-geführten Bundesregierungen haben über Branchen-Mindestlöhne und All-

gemeinverbindlicherklärungen bereits Millionen Beschäftigte vor Lohndumping geschützt. Die allgemeine Lohnuntergrenze muss jetzt der nächste Schritt sein: Sie schützt auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Branchen ohne gültige Tarifverträge.

Für uns ist klar: Wer acht Stunden am Tag arbeitet, muss davon leben können. Wir wollen keinen politischen Mindestlohn, wie ihn die linken Parteien fordern. Lohnfindung ist Aufgabe der Tarifpartner. Nicht die Politik soll die Höhe der Lohnuntergrenze festlegen, sondern Gewerkschaften und Arbeitgeber. Sie sollen die Lohnuntergrenze in einer Kommission auf Augenhöhe aushandeln. Sie entscheiden auch über etwaige Differenzierungen, zum Beispiel Einstiegsgehälter für junge Menschen.

Die nordrhein-westfälische CDU hat den Parteitags-Beschluss der CDU für die Einführung einer Lohnuntergrenze maßgeblich mit herbeigeführt. Jetzt wollen wir dafür sorgen, dass die Lohnuntergrenze bald im Gesetzblatt steht.

Wir bekennen uns zu einer modernen Landwirtschaft und zum Schutz von Natur und Umwelt

Nordrhein-Westfalen ist das drittgrößte Agrarland in der Bundesrepublik. Mit modernen und nachhaltigen Produktionsmethoden werden in der konventionellen wie auch in der ökologischen Landwirtschaft hochwertige Nahrungsmittel erzeugt. Nordrhein-westfälische Produkte sind auf den europäischen Märkten und auf den Weltmärkten konkurrenzfähig und gefragt. Daran wird sich angesichts der Welternährungssituation und angesichts der veränderten Konsumgewohnheiten in den aufstrebenden Schwellenländern nichts ändern. Im Gegenteil: Nordrhein-Westfalen steht wegen seiner guten Böden, seines günstigen Klimas und wegen seiner Innovationsführerschaft sowohl im konventionellen wie auch im ökologischen Bereich in der Pflicht, regional und überregional präsent zu sein.

Die Politik hat dies anzuerkennen und nicht zu verhindern. Es war der Fehler der rot-grünen Landwirtschaftspolitik, von Beginn an mit der technischen Führerschaft und der Marktorientierung der modernen Landwirtschaft zu hadern. Das Landwirtschaftsbild der rot-grünen Landesregierung hat wenig mit der Moderne und viel mit Bauernhofmotiven aus Kinderbüchern zu tun.

Als CDU bekennen wir uns zur modernen, leistungsfähigen und marktorientierten Landwirtschaft, ob ökologisch oder konventionell.

Den ständigen Dialog mit den Landwirten, der Lebensmittelwirtschaft, den Verbänden und der Wissenschaft werden wir weiterhin in Regierungsverantwortung intensivieren, um gemeinsam Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu finden. Dabei geht es vor allem um den modernen Tierschutz, um die Zukunft der inhabergeführten Familienunternehmen, um das Landwirtschaftsprivileg im Baugesetzbuch, um die Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmitteln und Energiepflanzen, um die Eindämmung des Flächenverbrauchs zuungunsten der Landwirtschaft. Wie in den Jahren 2005 bis 2010 werden wir das Netz der Verbraucherberatungsstellen stärken.

Wir bekennen uns zum Naturschutz. Dazu gehört, dass wir es für sinnvoll halten, Naturräume an geeigneten Stellen vor menschlichem Zugriff zu schützen. Dazu gehört, dass wir das Netzwerk der Biologischen Stationen sichern wollen.

Aber klar distanzieren wir uns von Ansätzen, die zwischen Nutzung der Natur und Schutz der Natur einen grundsätzlichen Widerspruch sehen.

Naturschutz als Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bedeutet zuallererst: Schutz der Nutzbarkeit der Natur für den Menschen.

Für die CDU ist das Nachhaltigkeitsgebot verpflichtend. Es meint nichts anderes als den Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, zu dem wir uns als Christdemokraten immer schon bekennen. Techniken oder Produkte, die nicht lebensnotwendig sind und von denen nach gründlicher Abwägung vermutet werden muss, dass sie negative, nicht umkehrbare Folgen für künftige Generationen haben oder haben könnten, sind zu unterlassen.

Für lebensnotwendige Techniken oder Produkte, deren Anwendung oder Herstellung absehbar unumkehrbar negative Folgen hat, sind Alternativen zu suchen. Für die CDU ist die Förderung der technisch-wissenschaftlichen Innovationen zur Nutzarmachung der Natur – in der Grundlagenforschung, in der anwendungsorientierten Forschung und in der wirtschaftlichen Nutzung – integraler Bestandteil einer Politik, die sich den nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zur Maxime macht.

Wir wollen beim Ausbau der Kinderbetreuung U3 an die Dynamik der Jahre 2008 bis 2010 anknüpfen

Nordrhein-Westfalen ist bundesweit Schlusslicht beim Ausbau der Kinderbetreuung für die Jüngsten unter 3 Jahren (U3). In den Jahren 2008 bis 2010 hat es unter der CDU-geführten Landesregierung eine beispiellose Aufholjagd von 11.800 Plätzen auf rund 88.000 Plätze gegeben. Nach dem Regierungswechsel 2010 ist diese Dynamik abgebrochen. Um den Rechtsanspruch auf einen U3-Betreuungsplatz ab August 2013 erfüllen zu können, fehlen Stand April 2012 noch 44.000 Plätze. Dabei wird unterstellt, dass nur für jedes dritte Kind ein Platz nötig ist. Wir wissen aber längst, dass der Bedarf deutlich höher sein wird. Mit der von Rot-Grün bisher betriebenen Ausbaupolitik ist nicht einmal ein Platz für jedes dritte Kind erreichbar.

Das ist ein beispielloses familienpolitisches Armutszeugnis von Rot-Grün. Die Versprechungen von Rot-Grün, kein Kind zurückzulassen, sind bloße Worthülsen.

Für die CDU hat der U3-Ausbau wie schon in den Jahren bis 2010 oberste familienpolitische Priorität. Für uns ist klar: Die Politik darf nicht junge Paare zur Familiengründung und junge Frauen zur Berufstätigkeit ermuntern, aber gleichzeitig die erforderliche familien- und frauenfreundliche Infrastruktur verweigern.

Konkret halten wir eine Erhöhung der Landesmittel für den U3-Ausbau gegenüber dem rot-grünen Haushaltsentwurf für 2012 um 81 Millionen Euro auf dann 481 Millionen Euro für erforderlich und verfassungskonform finanzierbar.

Wir wollen, dass die Hochschulen den doppelten Abiturientenjahrgang bewältigen können

So wie die Unter-Dreijährigen hat Rot-Grün auch die studierwilligen Abiturienten im Stich gelassen.

Laut der aktuellen Prognose der Kultusministerkonferenz vom 24. Januar 2012 werden im nächsten Jahr 122.900 Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen erwartet. Das wären 11.900 Studierende mehr, als bisher von der Landesregierung angenommen wurde. Das Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE Consult) geht sogar von 125.694 Studienanfängern aus (Februar 2012). Das wären 14.694 Studierende mehr, als die Landesregierung angenommen hat. Wenn man, wie CHE Consult, die derzeitige Wanderbewegung von Studienanfängern in ganz Deutschland in die Berechnungen mit einbezieht, liegt die Zahl der Studienanfänger für Nordrhein-Westfalen 2013 sogar bei 130.433. Das wären 19.433 Studierende mehr, als die Landesregierung in ihren Berechnungen für den Doppelten Abiturjahrgang 2013 berücksichtigt hat.

Von welchem Modell auch immer man ausgeht: Die Landesregierung hat bei ihrer finanziellen Vorsorge für die Hochschulen tausende Studentinnen und Studenten außer Acht gelassen.

Die Hochschulen werden sich durch das Anziehen der numerus clausus-Schraube gegen den Studentenansturm wehren. Die Studierenden werden die fehlende Vorsorge abbüßen müssen mit chaotischen Zuständen in Hörsälen, Bibliotheken, Seminarräumen und Laborräumen.

Es gehört zu den schlimmen Hinterlassenschaften von Rot-Grün, außer der Abschaffung der Studienbeiträge nichts für den Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen getan zu haben. Dabei gibt es kaum etwas, das für die Zukunft und den Wohlstand Nordrhein-Westfalens wichtiger wäre als die Stärkung der Hochschulen in unserem Land.

Die CDU will nach Regierungsübernahme der Hochschulpolitik den Stellenwert, den sie vor 2010 hatte, wieder zurückgeben. Als Sofortmaßnahme werden wir die notwendigen Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang an den Hochschulen ermöglichen, wie es bereits im Gegenentwurf der CDU-Landtagsfraktion zum Haushaltsgesetz 2012 vorgesehen war.

Die CDU steht für Kontinuität und Verlässlichkeit

Die Abschaffung der Studienbeiträge und die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres ohne Gegenfinanzierung waren schwerwiegende Fehler der rot-grünen Minderheitsregierung. Allerdings wäre es eine Zumutung für alle Betroffenen, die Beitragsbefreiungen nach nur wenigen Monaten wieder rückgängig zu machen. Das werden wir vermeiden. Wir werden die Qualität des Studiums und die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung ohne die Wiedereinführung der gerade abgeschafften Beiträge verbessern. Im Rahmen eines verfassungskonformen und auf die Schuldenbremse ausgerichteten Landeshaushalts geht das nur über eine klare Setzung von Prioritäten. Dazu haben wir den Mut. Die rot-grüne Minderheitsregierung hat weder die fortgefallenen Studienbeiträge noch die fortgefallenen Kindergartenbeiträge kompensiert. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Notwendigkeit einer vollständigen und dynamischen Kompensation. Sie muss mit entsprechenden Einsparungen an anderen Haushaltsstellen finanziert werden.

Wir wollen unsere erfolgreiche Schul- und Kulturpolitik für Nordrhein-Westfalen fortsetzen

Die CDU hat die Vielfalt und Differenziertheit der nordrhein-westfälischen Schullandschaft durch die Verfassungsänderung von 2011 abgesichert. Neben dem gestärkten Gymnasium und den fortbestehenden Haupt-, Real- und Gesamtschulen wird die CDU die neuen Sekundarschulen zu einer attraktiven Säule des Schulwesens entwickeln. Als Christdemokraten bieten wir die Gewähr dafür, dass gleichberechtigt neben der Hochschulreife auch die Ausbildungsreife an den Schulen erreicht wird.

In der nächsten Legislaturperiode wird die CDU einen „Masterplan guter Unterricht“ auflegen. Es geht uns um die volle Umsetzung des Rechts der Kinder auf individuelle Förderung. Dies gilt sowohl für vergleichsweise leistungsstarke wie für vergleichsweise leistungsschwächere Kinder. Die Angebote zur Fort- und Weiterbildung für Lehrer wollen wir verbessern. Wir wollen, dass die Lehrpläne von unnötigen und nicht mehr zeitgemäßen Inhalten entfrachtet werden. Wir wollen den Unterrichtsausfall weiter reduzieren und den qualitativen und flexiblen Ausbau des Ganztags fördern. Dabei werden wir die Kulturelle Bildung unserer Kinder und Jugendlichen energischer vorantreiben, als dies in den letzten zwei Jahren geschehen ist. Die Förderung der Medienkompetenz muss in den Lehrplänen aller Schulformen eine stärkere Rolle als bisher spielen.

Die Personalvertretung für die Lehrenden an den neuen Sekundarschulen soll einen eigenen Personalrat erhalten, so wie es § 87 des Landespersonalvertretungsgesetzes vorsieht.

Wir werden uns weiterhin für den Erhalt kleiner Grundschulen vor allem im ländlichen Raum einsetzen.

Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen voranbringen

Für uns Christdemokraten steht außer Frage, dass Menschen mit Behinderungen ungehindert Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen haben sollen. Die Umsetzung der entsprechenden UN-Konvention ist eine Herausforderung, der wir uns mit großem Engagement stellen. Während Betroffene in der abgelaufenen Legislaturperiode vergeblich auf einen Inklusionsplan der rot-grünen Landesregierung gewartet haben, hat die CDU-Landtagsfraktion ein bundesweit beachtetes Positionspapier herausgebracht, das die notwendigen Veränderungen und Schritte konkret benennt.

- Wir wollen gesellschaftliche Lebensräume inklusiv gestalten, so dass jeder Mensch teilhaben kann.

- Wir wollen Kindern mit und ohne Behinderungen von Anfang an ein gemeinsames Spielen und Lernen ermöglichen.
- Wir wollen Eltern die Wahl einer Schule ermöglichen, in der gut aus- oder fortgebildete Lehrkräfte allen Kindern eine qualitativ hochwertige Förderung zukommen lassen.
- Wir wollen Menschen mit Behinderungen als Fachleute anerkennen und in alle Planungs- und Umsetzungsprozesse zur Inklusion einbinden.

Wir wollen ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen

Eine CDU-geführte Landesregierung wird ihre Verantwortung für Gesundheit und Pflege im Land entschlossen wahrnehmen. Dafür wird die CDU den Sachverstand aller Beteiligten im Dialog nutzbar machen: Der Gesundheitsberufe und ihrer Selbstverwaltung, der Krankenhäuser, der Krankenkassen wie der privaten Krankenversicherung, der Patientenorganisationen, der Behindertenverbände und des Verbraucherschutzes. Damit können sich Jung und Alt auf eine gute und gut zugängliche gesundheitliche Versorgung verlassen, auch in den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens.

Der für die kommenden Jahre drohende Ärztemangel und die bevorstehende Knappheit an Fachkräften in Medizin und Pflege lässt sich nur mit guten Arbeitsbedingungen, verbesserten Bildungs- und Ausbildungschancen, erhöhten Ausbildungskapazitäten und einer deutlichen Stärkung der gesundheitlichen Prävention von der Kindheit bis ins hohe Alter hinein bewältigen.

43 Prozent der Hausärzte in Nordrhein-Westfalen sind älter als 55 Jahre. Wenn wir die hausärztliche Versorgung vor allem in den ländlichen Gebieten aufrechterhalten wollen, müssen mehr Hausärzte ausgebildet werden. Auch deshalb wollen wir die Zahl der Medizin-Studienplätze im Land erhöhen und setzen wir uns ein für eine medizinische Fakultät an der Universität Bielefeld.

Die CDU unterstützt die Gesundheitsförderung in Familien, Kindergärten und Schulen, in Betrieben und Senioreneinrichtungen, in der Freizeit und im Sport. Wir setzen auf einen aktiven und modernen öffentlichen Gesundheitsdienst. Die CDU lehnt die Freigabe illegaler Drogen wie Cannabis und Extasy ab. Von Beginn bis zum Tod verdient jedes menschliche Leben Achtung – die Tötung auf Verlangen darf nicht legalisiert und die organisierte Beihilfe zum Suizid muss verboten werden. Eine CDU-geführte Landesregierung wird alles tun, um die von einer Mehrheit im Bundestag beantragte Entscheidungslösung für die Organspende zu unterstützen.

Wir wollen ein lebenswertes und freies, aber auch sicheres Land

Zu Recht erwarten die Menschen in unserem Land, dass der Staat die Bevölkerung wirksam vor Straftätern schützt und die Strafverfolgung entschlossen betreibt. Beides ist unter rot-grüner Regierungsverantwortung misslungen.

Während die Kriminalität zugenommen hat, ist die polizeiliche Aufklärungsquote zum zweiten Mal in Folge gesunken. Mit einer Aufklärungsquote von lediglich 49,1 % belegt unser Land erneut den letzten Platz unter den Flächenländern und ist weit von Aufklärungsquoten wie z.B. in Thüringen (65,1 %), Bayern (64,0 %) oder Niedersachsen (61,4 %) entfernt.

Darüber hinaus ist der nordrhein-westfälische Justizvollzug unter rot-grüner Regierungsverantwortung durch eine beispiellose Pannen- und Ausbruchsserie bundesweit in Verruf geraten. In den nordrhein-westfälischen Strafvollzug muss endlich wieder Ruhe und Ordnung einkehren. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Bevölkerung durch eine sichere Unterbringung der Gefangenen geschützt wird.

Polizisten gehören nach unserer Überzeugung auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch. Derzeit gibt es zu viele Führungs-, Stabs- und Innendienststellen bei der Polizei. Dort werden nicht Verbrechen, sondern Aktenberge bekämpft. Wir wollen, dass die Polizei sich wieder verstärkt auf ihre gesetzlich bestimmten Kernaufgaben konzentrieren kann, das heißt auf Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Kriminalprävention. Gerade in Zeiten angespannter Haushalte ist eine solche Aufgabenkonzentration notwendig.

Wir wollen die Chancen des Internets für Nordrhein-Westfalen nutzen

Wir sehen das Internet als einen Ort der Chancen. Die Teilhabe an diesen Chancen ist ein wichtiges Ziel. Deshalb wollen wir den Bürgern in Nordrhein-Westfalen einen besseren Zugang zum Internet verschaffen. Wir streben eine Breitbandversorgung für jeden Haushalt an. Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz wurden die Rahmenbedingungen maßgeblich verbessert (Zugang zu staatlichen Infrastrukturen, Microtrenching, vereinfachter Hausstich für Glasfaser). Jetzt gilt es, auch die Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen entsprechend zu verbessern.

Wir werden die Gründerkultur in unserem Land fördern. Viele Existenzgründer rund um das Internet schaffen wichtige neue Jobs und wirtschaftliche Perspektiven. Wir wollen alle Förderinstrumente auf den Prüfstand stellen und den Zugang vereinfachen. Doch Unternehmensgründung kann nicht durch den Staat geschehen. Deshalb setzen wir auf Gründervorbilder. Wir wollen Menschen in die Schulen

bringen, die jungen Leuten Appetit auf Gründung machen. Deshalb werden wir eine Gründerkampagne mit erfolgreichen Web-Gründern starten.

Neben den vielen Chancen bietet das Internet aber natürlich auch Risiken. Wir stehen für Freiheit im Netz. Aber Freiheit bedingt Verantwortung. Deshalb setzen wir uns für eine Kultur der Verantwortung im Internet ein und für einen fairen Ausgleich der Interessen. Die Chancen des Netzes müssen auch inhaltlich genutzt werden. Medienkompetenz zu vermitteln ist eine Aufgabe des Landes. Wir werden Medienkompetenz im Landesmediengesetz stärken.

Die CDU hat maßgeblich dazu beigetragen, die Novelle des Jugendmedienschutzstaatsvertrags aufzuhalten und ein Paket von Maßnahmen für einen neuen Jugendmedienschutz erarbeitet. Wir werden dies im Dialog mit den Nutzern im Internet weiterentwickeln und wollen Motor für eine pragmatische Erneuerung des Jugendschutzes im Internet sein.